Zeitschrift: Freiburger Geschichtsblätter

Herausgeber: Deutscher Geschichtsforschender Verein des Kantons Freiburg

Band: 95 (2018)

Artikel: Quo vadis Germania? : die mediale Rezeption des Nationalsozialismus in der Deutschschweiz und im Kanton Freiburg 1920-1933

Autor: Jutzet, Nicolas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-813958

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NICOLAS JUTZET

QUO VADIS GERMANIA?

DIE MEDIALE REZEPTION DES NATIONALSOZIALISMUS IN DER DEUTSCHSCHWEIZ UND IM KANTON FREIBURG 1920–1933*

«Wohin gehst du Deutschland?»[1], fragte Leonhard Ragaz im Oktober 1932 in den *Neuen Wegen* und stellte mit Besorgnis fest, dass der Reichstag in Deutschland aufgelöst wurde und somit bald Neuwahlen anstanden. Noch drei Monate vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten zeigte sich der religiös-sozialistische Theologe jedoch siegessicher: Die NSDAP werde bald zusammenbrechen.

Der Frage, wie die politischen Zeitschriften der Deutschschweiz den Nationalsozialismus wahrnahmen und deuteten, wird im vorliegenden Beitrag nachgegangen. Dafür wurden je zwei Zeitschriften aus den drei wichtigsten politischen Milieus – Liberalismus (*Schweizer Monatshefte*, *Politische Rundschau*), Sozialdemokratie (*Rote Revue*, *Neue Wege*) und Konservatismus (*Schweizerische Rundschau*, *Monat-Rosen*) – ausgewählt. Wie wurde in diesen Revuen über den Nationalsozialismus von seiner Gründung 1920 bis zur Machtergreifung 1933 berichtet? Wie deuteten, bewerteten und schätzten die schweizerischen Journalisten die Partei ein? Weitere Fragen, die in diesem Beitrag beantwortet werden sollen, sind: Wie ordneten die Journalisten den Nationalsozialismus in seiner Anfangsphase ein? Wie erklärten sie seinen Aufstieg, und wo sahen

* Vortrag, gehalten am 13. März 2018 vor dem Deutschen Geschichtsforschenden Verein des Kantons Freiburg. Er beruht auf einer Masterarbeit in Zeitgeschichte der Universität Freiburg 2016/2017.

[1] Leonhard RAGAZ, Zur Weltlage: Quo vadis Germania?, in: *Neue Wege* 26 (1932), S. 441–466.

sie die Ursachen für seine Entstehung und seinen raschen Erfolg? Wie bewerteten die Zeitschriften die politische Richtung des Nationalsozialismus? Wie wurde der Parteiführer Adolf Hitler wahrgenommen? Und wie beschrieben die Autoren den Antisemitismus der NSDAP (Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei)?

Wichtig erscheint mir, die historische Situation in der damaligen Zeit (1920–1933) zu beleuchten. Dabei zeigt sich, dass das europaweite Krisenempfinden auch vor der Schweiz nicht Halt machte und dass antimodernistische und antidemokratische Ideen hierzulande ebenfalls zunehmende Unterstützung fanden. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus fand demnach in der Schweiz unter den Vorzeichen einer tief empfundenen Krise statt. Im Kanton Freiburg waren diese antimodernistischen und bisweilen antidemokratischen Tendenzen besonders zu spüren. Namentlich katholische Freiburger Intellektuelle und Gelehrte der Universität Freiburg schlossen sich der zeitgenössischen Demokratiekritik an, die im katholischen Milieu spürbar war.

Quellen

Sechs Zeitschriften wurden untersucht, je zwei Blätter der politischen Milieus Liberalismus, Sozialdemokratie und katholischer Konservatismus. Dabei wurde versucht, von allen drei politischen Lagern in etwa dieselbe Anzahl Artikel über den Nationalsozialismus zu analysieren. Allerdings stellte sich bald heraus, dass ein grosses Ungleichgewicht zwischen den zu untersuchenden Quellen besteht. Während sich die sozialdemokratische Presse ausgiebig mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzte, gibt es in der katholisch-konservativen Presse kaum Berichte über ihn.

Die liberale Presse

Die Schweizer Monatshefte

Die *Schweizer Monatshefte* wurden 1921 als Reaktion auf den Beitritt der Schweiz in den Völkerbund gegründet. Ihre Gründerväter waren Teil einer Gruppe, die sich traditionell dem deutschen Kulturkreis verpflichtet fühlte. Hauptschriftleiter wurde Hans Oehler, der es schnell verstand, namhafte Mitarbeiter für die Zeitschrift zu gewinnen. So schrieb beispielsweise der General des Ersten Weltkrieges, Ulrich Wille, für die *Monatshefte*; dieser kritisierte den Beitritt zum Völkerbund und prangerte den Versailler Vertrag an. Die liberale Richtung, welche die *Schweizer Monatshefte* seit dem Zweiten Weltkrieg prägt, war in den Anfangsjahren der Zeitschrift noch kaum spürbar. Die Revue zeigte vornehmlich ihre konservative Seite: Der Liberalismus und die mit ihm verbundenen Ideen wie Individualismus und Parlamentarismus «standen in den Anfangsjahren einem weitverbreiteten Zeitgeist entsprechend unter dem Generalverdacht politisch-kultureller Dekadenz»[2]. So war in den 1920er-Jahren eine klar elitäre, demokratie- und liberalkritische Haltung festzustellen. Die Autoren der *Monatshefte* zeigten sich mit den bestehenden liberalen Zuständen höchst unzufrieden. Daraus erklärt sich auch, warum der italienische Faschismus mehrheitlich positiv bewertet wurde. Dieser habe die Unzulänglichkeiten der parlamentarischen Demokratie überwunden und in Mussolini einen geeigneten Führer gefunden, las man in den 1920er-Jahren in der Zeitschrift.

Gegen Ende der 1920er-Jahre verschärfte sich die Kritik am liberalen Bundesstaat in den *Schweizer Monatsheften* deutlich. Die Zeitschrift geriet denn auch bald in den Sog der antidemokratischen Erneuerungsbewegungen und stellte die demokratischen Institutionen zunehmend in Frage. Nach und nach wurden prominente

[2] Thomas SPRECHER, *Schweizer Monat 1921–2012. Eine Geschichte der Zeitschrift*, Zürich 2013, S. 31f.

Vertreter der Fronten wie Robert Tobler, Rolf Henne, Ernst Wolfer, Hans Alfred Wyss oder Julius Schmidhauser für die Zeitschrift engagiert[3]. Die *Schweizer Monatshefte* fungierten in diesen Jahren somit als Plattform für antidemokratische und faschismusfreundliche Ideen und wurden zum Sprachrohr der Frontisten. Auch konnten führende Persönlichkeiten des konservativen Deutschlands für die Mitarbeit an der Zeitschrift gewonnen werden, wie beispielsweise die bekannten Vertreter der Konservativen Revolution Edgar Julius Jung und Arthur Moeller van den Bruck. Dass so prominente Personen für die Zeitschrift schrieben, zeigt, dass die *Schweizer Monatshefte* in antidemokratischen Kreisen Deutschlands einen grossen Stellenwert hatten. Ausserdem arbeiteten wichtige schweizerische Rechtsintellektuelle für die Zeitschrift, welche der liberal-demokratischen Ordnung gegenüber sehr feindlich eingestellt waren. Mit Hektor Ammann, der auch Kontakte zu prominenten Nazis pflegte, hatte man gar einen ausgewiesenen Sympathisanten des Nationalsozialismus in den Reihen.

Die Politische Rundschau

Der historischen Forschung ist die *Politische Rundschau* kaum ein Begriff. Die Zeitschrift war das offizielle Blatt der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und wurde vom Generalsekretariat der Partei herausgegeben. Sie erschien erstmals 1922 und wurde im Jahr 1997 eingestellt. Die Autoren der Zeitschrift waren mehrheitlich Politiker des Freisinns (Bundesräte, Nationalräte sowie Grossräte), Akademiker oder Journalisten, die meistens die Parteilinie vertraten.

[3] Die Neue Front wurde 1930 vom Juristen Robert Tobler und anderen Zürcher Studenten gegründet. Die Mitglieder stammten zumindest am Anfang aus dem Umfeld der Jungfreisinnigen. 1933 schloss sich die Neue Front mit der Nationalen Front zusammen, vgl. Beat GLAUS, *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940*, Zürich 1969, S. 37–63; Klaus-Dieter ZÖBERLEIN, *Die Anfänge des deutsch-schweizerischen Frontismus*, Meisenheim am Glan 1970, S. 55–65.

Die sozialdemokratische Presse

Die Rote Revue

Die *Rote Revue* war die offizielle Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz[4]. Gegründet wurde das Monatsblatt von den Schweizer Sozialdemokraten Robert Grimm und dem späteren Bundesrat Ernst Nobs. Die meisten Texte dieses Monatsblattes stammten von schweizerischen sozialdemokratischen Politikern. Neben Ernst Nobs, Friedrich Heeb und Robert Grimm sind vor allem Hugo Kramer, Ernst Reinhard, Arthur Schmid, Friedrich Schneider, Robert Bolz oder Emil J. Walter zu nennen. Gelegentlich schrieben auch ausländische Sozialdemokraten für die *Revue*, wie die bekannten sozialistischen Theoretiker Karl Kautsky und Arcadius Gurland sowie der österreichische Sozialdemokrat Albert Lauterbach.

Die Neuen Wege

Die *Neuen Wege* wurden 1906 gegründet und waren vor allem vom reformierten Bündner Theologen und Pfarrer Leonhard Ragaz geprägt[5]. Von 1924 bis seinem Tod 1945 betreute Ragaz die Zeitschrift allein. Der Grossteil der Artikel, die in diesem Zeitraum erschienen, wurden von dem Theologen selbst verfasst. Nur gelegentlich schrieben einige Gastautoren für die *Neuen Wege*. Diese verstanden sich

[4] Vgl. Markus BLASER, Zur Geschichte der Roten Revue, in: *Rote Revue* 85 (2007), S. 36.

[5] Geboren 1868 in Tamins. Studium der Theologie in Basel, Jena und Berlin. Zuerst Bergpfarrer und Religionslehrer in Chur, danach Pfarrer am Basler Münster und anschliessend Theologieprofessor an der Universität Zürich. 1921 zieht er in ein Arbeiterviertel in Zürich und widmet sein Leben der Arbeiterbildung und den *Neuen Wegen*. Ragaz wurde bekannt für seinen kompromisslosen Einsatz für einen genossenschaftlichen Sozialismus, für die Abrüstung und den Völkerbund, vgl. Willy SPIELER / Stefan HOWALD / Ruedi BRASSEL-MOSER, *Für die Freiheit des Wortes. Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus*, Zürich 2009, S. 27–41.

als engagierte religiös-sozialistische Zeitschrift, welche die politischen, sozialen und religiösen Entwicklungen der Schweiz und der Welt kommentierte. Die Revue war demnach nicht nur eine theologische Zeitschrift, sondern setzte sich auch mit den gesellschaftlichen und politischen Kontroversen der Zeit auseinander. Unter der Leitung von Ragaz verfolgte das Blatt einen genossenschaftlich-sozialistischen und pazifistischen Kurs.

Die katholisch-konservative Presse

Die Schweizerische Rundschau

Die *Schweizerische Rundschau* war eine katholische kulturpolitische Zeitschrift, die 1900 in Stans im reformkatholischen Milieu des Schweizer Katholizismus gegründet wurde. Unter der Redaktion von Carl Doka beleuchtete die Zeitschrift abwechselnd religiöse, soziale, rechtliche, politische und historische Aspekte. Die Zeitschrift vertrat stets eine dezidiert katholisch-konservative Richtung und war eine der führenden katholischen Zeitschriften der Schweiz. Autoren waren schweizerische katholische Intellektuelle und Politiker wie Carl Doka, Rudolf Walter von Moos, Hans Abt, Hermann Cavelti oder der in Freiburg tätige Jakob Lorenz.

Die Monat-Rosen

Die *Monat-Rosen* wurden bereits 1856 unter dem Namen «Späte Rosen» herausgegeben; seit 1857 erschien sie regelmässig unter dem Namen «Monat-Rosen». Die Zeitschrift war Organ des Schweizerischen Studentenvereins (StV) und hatte zumindest zu Beginn den Charakter eines studentischen Korrespondenzblattes. Im Laufe der Jahrzehnte entwickelten sie sich zu einer allgemeinen Kulturzeitschrift und nach dem Ersten Weltkrieg zur allgemeinen katholischen Kulturzeitschrift. In der Zeitschrift kamen vor allem prominente Politiker und Intellektuelle aus dem schweizerischen Katholizismus zu Wort, auch aus der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Prominenteste Redaktoren waren die späteren

katholisch-konservativen Bundesräte Philipp Etter und Ludwig von Moos, der Freiburger Anwalt und spätere Staatsrat José Python und der Luzerner Nationalrat Karl Wick. Auch konservative Akademiker wie Burkard Frischkopf, Josef Beck oder Willy Büchi schrieben für die Zeitschrift.

Historischer Kontext

Die Zwischenkriegszeit war für viele Menschen eine ungewisse und orientierungslose Zeit. Es war ein Zeitalter der militärischen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konflikte. Nach Gunther Mai zeichnete sich bereits um die Jahrhundertwende eine Debatte über die Folgen der Moderne ab[6]. Der technische Fortschritt, der seit dem 18. Jahrhundert als Inbegriff der Hoffnung galt, wurde vor allem von der intellektuellen Elite in Frage gestellt. Das gebrochene Verhältnis zur Moderne ging jedoch durch alle politischen Lager und sozialen Gruppen. Der Fortschritt galt nicht mehr als Lösung, sondern eher als ein Prozess der Selbstzerstörung. Angeprangert wurden insbesondere der Verlust der Vertrautheit und der Gewissheiten. Diese konservative Fortschrittskritik fand bis ins liberale Lager und gar bei Teilen der Linken Anklang. Etliche Exponenten aus Kunst, Wissenschaft und Politik beschrieben dieses Gefühl der Ohnmacht öffentlich, und das Leiden an der Welt führte zu einer Suche nach einer neuen Ordnung und Orientierung. Die Wiederbelebung mythisch-magischer Gegenbilder ging einher mit dem Verlangen nach einer Rückkehr zur Ordnung. Um die aus den Fugen geratene Welt wieder auf Kurs zu bringen, sehnten sich viele Intellektuelle aus Wissenschaft und Kunst nach einem autoritären Staat. Damit einhergehend forderten sie einen Führer, der die trieblose Masse binden, strukturieren und führen sollte. Lenin

[6] Vgl. hierzu vor allem Gunther Mai, *Europa 1918–1939: Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen*, Stuttgart/Berlin/Köln 2001, S. 18–41.

und insbesondere Mussolini auf der rechten Seite wurden für die Intellektuellen zu Projektionsflächen des Führerkults. In erster Linie Mussolini wurde von der intellektuellen Elite in ganz Europa verehrt. So auch in der Schweiz, wo der «Duce» noch 1937 den Ehrendoktor der Universität Lausanne erhielt und von Gonzague de Reynold als der «grösste Politiker des zeitgenössischen Europas» bezeichnet wurde[7].

Die Situation in der Schweiz war in hohem Mass vom internationalen Kontext geprägt. Die grosse europäische Reaktion der Zwischenkriegszeit ging auch an diesem Land nicht spurlos vorbei. Schon um die Jahrhundertwende wurde die liberale Hegemonie nicht mehr fraglos akzeptiert. Vor allem schweizerische Intellektuelle hinterfragten das liberale System und kritisierten Materialismus und Fortschrittsdenken. Das Aufkommen neuer autoritärer Kräfte wurde zunehmend begrüsst. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der vermeintlichen Krise der Demokratie wurden mehrere Erneuerungsbewegungen, auch Fronten genannt, gegründet. Sie waren zwar sehr heterogen, doch verbanden sie die Abwendung von einer individualistischen Gesellschaftstheorie, die stärkere Betonung der Gemeinschaft und die grundsätzliche Kritik an Liberalismus und Sozialismus.

Die Situation im Kanton Freiburg

Auch im Kanton Freiburg waren antidemokratische Tendenzen spürbar. Hier war die Situation im Allgemeinen von der katholisch-konservativen Lage beeinflusst. Die Katholisch-Konservativen gingen mit der liberalen Demokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts und vor allem in den 1920er-Jahren hart ins Gericht. Von vielen katholischen Intellektuellen wurde eine berufsständische und autoritäre Demokratie gefordert, bei der das Schwergewicht auf einer

[7] Zu Gonzague de Reynold, vgl. beispielsweise Aram MATTIOLI, Gonzague de Reynold – Vordenker, Propagandist und gescheiterter Chef der «nationalen Revolution», in: Aram MATTIOLI (Hg.), *Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918–1939*, Zürich 1995, S. 135–156.

starken Führung liege. Vor allem die Jungkonservativen liessen sich von den reaktionären Machtergreifungen quer durch Europa beeinflussen. In ihrer Skepsis gegenüber der bestehenden Demokratie gingen sie beinahe so weit wie die Fronten.

Auch im Kanton Freiburg gab es solche Tendenzen. Bekanntestes Beispiel ist der rechtskonservative Freiburger Patrizier Gonzague de Reynold[8]. Dieser sah die Französische Revolution und ihre Folgen als grosses Übel. Die demokratische Staatsform und ihre Institutionen blieben ihm fremd, und er kritisierte die fortschreitende Säkularisierung. Wie viele andere Intellektuelle glaubte er, die Gegenwart stecke in einer tiefen Krise, und dachte, dass die bürgerlich-liberale Zivilisation vor dem Niedergang stünde. De Reynold forderte eine föderalistisch-christliche Renaissance mit einer Stärkung der Zentralgewalt und der Einführung eines schweizerischen Landammanns, der an der Spitze eines autoritären Staats stehen sollte. Ein Zitat des späteren sozialdemokratischen Bundesrates Ernst Nobs aus dem Jahr 1929 zeigt, dass de Reynold für seine Ideen in der Schweiz bekannt war: «Ebenso scheint der Berner Professor Gonzague de Reynold, der freiburgisch-aristokratischer Abstammung ist, keine Gelegenheit unbenutzt vorbeigehen zu lassen, der Demokratie seine Feindseligkeit und seinen Hass zu offenbaren und ihren nahen Untergang zu prophezeien [...].»[9]

De Reynold hielt die Diktaturen in Italien und Deutschland für Vorboten der neuen Zeit. Er bewunderte Mussolini und sympathisierte mit Hitler. Erst 1935 distanzierte er sich vom Nationalsozialismus, aber nicht, weil dieser die Weimarer Demokratie zerstört und die Freiheitsrechte abgeschafft hatte, sondern einzig deshalb, weil sich dessen totalitärer, rassistischer und atheistischer Grundcharakter kaum mehr mit de Reynolds Traum vom «état chrétien» vereinbaren liess. Als Vorbild diente ihm seit 1935 der Estado Novo in Portugal.

[8] MATTIOLI, Gonzague de Reynold (wie Anm. 7).

[9] Ernst NOBS, Antidemokratische Kräfte in der schweizerischen Politik, in: *Rote Revue* 8 (1928–1929), S. 152–153.

De Reynold war nicht der einzige, der die antidemokratischen Regimes in Europa bewunderte. Dies zeigt beispielsweise die Initiative für eine Totalrevision der Bundesverfassung (auch Frontenініtiative genannt), welche die Verfassung im Sinne einer autoritären Demokratie umgestalten wollte und die weit über die Fronten hinaus im jungliberalen, liberalkonservativen und konservativ-katholischen Lager Sympathien genoss. Die Initiative wurde zwar deutlich abgelehnt (nur 27% Ja-Stimmen), fand aber in katholischen Hochburgen wie dem Wallis sowie in Obwalden, Appenzell Innerrhoden und Freiburg eine Mehrheit. Auch zwei Jahre später, 1937, wurde die Anti-Freimaurer-Initiative nur im Kanton Freiburg angenommen. Zudem arbeitete der Grosse Rat des Kantons 1933 und 1934 zwei Gesetzesentwürfe für die Errichtung von Korporationen aus, die jedoch nie umgesetzt wurden[10]. Als intellektueller Mittelpunkt des schweizerischen Katholizismus fungierte in der Zwischenkriegszeit die Universität Freiburg. In verschiedenen Fächern wirkten Professoren, die im Schweizer Katholizismus Gewicht hatten und auf den politischen Katholizismus Einfluss ausübten.

«Nationalsozialismus» – was ist das?

Artikel über den Nationalsozialismus sind in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre in den politischen Zeitschriften der Deutschschweiz nur spärlich anzutreffen. Wenn der Begriff «Nationalsozialismus» in politischen Berichten vorkam, dann wurde er meistens als Teil des übergeordneten Phänomens des Faschismus verstanden. In «deutschen Landen» nennt sich der Faschismus «Nationalsozialismus»[11], schrieb Leonhard Ragaz im Juni 1923. Dass der Autor die Bewegung in Anführungszeichen setzte, zeigt, dass der Terminus noch

[10] Vgl. Andreas Ernst / Erich Wigger (Hg.), *Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910–1930)*, Zürich 1996.

[11] Leonhard Ragaz, Zur Weltlage: vom Schicksal der Demokratie, in: *Neue Wege* 17 (1923), S. 267–276.

weitgehend unbekannt war. Die Journalisten der untersuchten Zeitschriften empfanden die Bewegung als einen Teil der «Reaktion»[12]. Die *Rote Revue* ordnete die Nationalsozialisten im September 1924 beispielsweise in eine Reihe mit anderen antidemokratischen Kräften ein, wie die Weisse Garde in Finnland, den italienischen Faschismus, das Horthy-Regime in Ungarn oder die amerikanische Ku-Klux-Klan-Bewegung[13]. Auch Ragaz schrieb im gleichen Jahr: «Seine Formen wandeln sich nach den verschiedenen Ländern und Kulturen. In Deutschland und Österreich wird er Hitlerismus und Hakenkreuzlertum, in Frankreich Camelots du Roi, in Amerika Ku-Klux-Klan, in der Schweiz Bürgerwehr genannt.»[14] Während in den Jahren nach dem Hitlerputsch (1925–1928) kaum über den Nationalsozialismus berichtet wurde, änderte sich dies mit den Erfolgen der NSDAP an der Wahlurne in den Jahren 1929 und 1930 schlagartig. Die Berichte über den Nationalsozialismus nahmen stetig zu. Man erinnerte sich vor allem an den gescheiterten Putschversuch im Jahr 1923 und fragte sich, ob die Bewegung einen ähnlich raschen Aufstieg wie damals verzeichnen könne. Obwohl der Begriff «Nationalsozialismus» nun vermehrt verwendet wurde, begriffen die meisten Journalisten die Partei noch immer als einen Teil des Faschismus. So wurde oft vom «deutschen Faschismus» als Synonym zum Nationalsozialismus oder vom Faschismus in Gestalt des Nationalsozialismus geschrieben. Auch in den frühen 1930er-Jahren und noch kurz vor der Machtergreifung Hitlers sahen

[12] Diese verstand Ragaz als eine Gegenbewegung zur Französischen Revolution und den Idealen der Aufklärung. Die Reaktion wolle also die «Rückkehr zu den alten Zuständen». Die heutige Reaktion drücke sich im politisch-sozialen Bereich «als Verachtung der Demokratie» und «als erneuter Gewaltglauben» aus. Die zwei extremsten Formen dieser Reaktion waren laut Ragaz der Faschismus und der Bolschewismus, vgl. Leonhard RAGAZ, Zur Weltlage: die Reaktion, in: *Neue Wege* 18 (1924), S. 262–276.

[13] Hugo KRAMER, Die Krisis der Demokratie, in: *Rote Revue* 4 (1924–1925), S. 1–13.

[14] RAGAZ, Zur Weltlage: die Reaktion (wie Anm. 12), S. 266.

viele Zeitgenossen den Nationalsozialismus als einen Teil eines übergeordneten Phänomens: «In Deutschland freilich nimmt der Faschismus in Gestalt des Nationalsozialismus noch zu»[15], schrieb beispielsweise Ragaz im Februar 1930. Und Friedrich Schneider betrachtete den Nationalsozialismus noch im September 1932 als «deutsche Spielart des Faschismus»[16].

Ein Parteiname sorgt für Verwirrung

Schon in den frühen 1920er-Jahren rätselten die politischen Zeitschriften über den Parteinamen «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei». Viele Journalisten fanden den Begriff widersprüchlich. Bisher gab es entweder nationalistische oder sozialistische Parteien. Dass nun eine Bewegung beide Strömungen in einer Partei vereinigen wollte, stiess bei den politischen Beobachtern auf gewisse Vorbehalte. Auch die politischen Zeitschriften der Deutschschweiz kommentierten den Begriff «Nationalsozialismus». Allerdings unterschieden sich die Stellungnahmen dazu je nach politischer Zugehörigkeit. Vor allem der Begriff «Sozialismus» im Parteinamen störte viele Journalisten. Während sich die liberalen *Schweizer Monatshefte* fragten, ob man den Nationalsozialismus links einstufen müsse, befürchteten die *Rote Revue* und die *Neuen Wege*, dass die Nationalsozialisten den Sozialisten Wähler aus der Arbeiterbewegung wegnehmen könnten. Die Journalisten störten sich daran, dass eine eindeutig rechtsextreme Partei sich Arbeiterpartei nenne und proletarische Elemente nur zum Schein vertrete. Der in der Frontenbewegung tätige Hans Alfred Wyss fragte in seinem Artikel in den *Schweizer Monatsheften* im Oktober 1930: «Ist der Nationalsozialismus eigentlich nationaler Sozialismus oder sozialer Nationalismus [...]?» Vor allem die linksrevolutionäre Gruppe um die Gebrüder Strasser lasse den Verdacht aufkommen, dass der Nationalsozialismus nicht nur ein «sozial angestrichener Nationalismus»

[15] Leonhard RAGAZ, Rundschau, in: *Neue Wege* 24 (1930), S. 91.

[16] Friedrich SCHNEIDER, Lehren der deutschen Reichtagswahlen, in: *Rote Revue* 12 (1932–1933), S. 1.

sei. Die veröffentlichten Unterredungen zwischen Hitler und Strasser liessen jedoch die Schlussfolgerung zu, «dass die Linkskurve innerhalb der Partei kein gewöhnlicher Sozialismus ist. Der Kampf gegen die Finanzmacht, wobei das produktive Kapital im Gegensatz zum spekulativen anerkannt wird[17], der Ruf nach Bodenreform, die nach ausdrücklichen Erklärungen Hitlers das Privateigentum nicht berühren, sind eben eigenartige Forderungen, die einen Sozialismus sui generis, nämlich einen Sozialismus zur Stärkung des National-Staatlichen vorstellen»[18]. Der in der Nationalen Front tätige Julius Schmidhauser bestätigte ein Jahr später diese Ausführungen, indem er den Nationalsozialismus der Sozialdemokratie entgegenstellte. Der Nationalsozialismus sei erklärt antikapitalistisch. Aber im Gegensatz zur Sozialdemokratie sei er «eine bedeutsame, gerade in ihrer Primitivität mächtige und trächtige Reaktion der Volksseele». Die Sozialdemokratie sei hingegen nur eine «unzufriedene Partizipantin an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung [...]»[19].

Im Gegensatz dazu waren viele Autoren der sozialdemokratischen Zeitschriften der Meinung, dass der Sozialismus im Nationalsozialismus kein echtes Programm, sondern nur Schein sei. Teile des Nationalsozialismus seien zwar antikapitalistisch eingestellt, doch scheine der Antisemitismus wichtiger zu sein als der Antikapitalismus. Der Sozialismus der Nationalsozialisten beschränke sich auf die Forderung nach Vernichtung der Warenhäuser und Konsumvereine und die Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse bei der Reichsbank, betonte Ragaz. Die Interessensolidarität mit der Arbeiterschaft sei blosser Schein: «Der Faschismus ist nicht bloss antikapitalistisch, er ist noch viel entschiedener nationalistisch und

[17] Wyss meinte hier, dass der jüdische «spekulative Kapitalismus» bekämpft werde müsse. Hier zeigt sich die antisemitische Ausrichtung der *Schweizer Monatshefte*.

[18] Hans Alfred Wyss, Der Nationalsozialismus in Deutschland, in: *Schweizer Monatshefte* 10 (1930–1931), S. 295.

[19] Julius Schmidhauser, Das Schicksal der Schweiz im Schicksal der Demokratie, in: *Schweizer Monatshefte* 10 (1930–1931), S. 503.

militaristisch.»[20] Andere Autoren wiesen auf die Widersprüchlichkeit des Nationalsozialismus hin. Dieser wolle sozialistisch sein und richte seine Spitze gegen den Grosskapitalismus, lasse aber ausser Acht, dass er selber von diesem finanziert sei. Bald werde sich zeigen, wie ernst es den Führern des Nationalsozialismus mit dem Sozialismus sei. Es könne ihnen aber damit nicht sehr ernst sein, denn «Nationalsozialismus und Sozialismus gehen so wenig zusammen wie Militarismus und Antimilitarismus». Wer sozialistisch denke, der denke über die Grenzen hinaus und sei nicht nationalistisch. «Das Wortgebilde ‹National-Sozialismus› zeigt also schon den tödlichen Widerspruch, der in der Sache liegt. Der Nationalsozialismus gleicht daher der fabelhaften Chimäre [...].»[21] Vielfach wurde in diesen Zeitschriften zudem auf das doppelzüngige Spiel der Nationalsozialisten hingewiesen. Robert Wagner schrieb, dass die Nationalsozialisten jedem etwas anderes versprechen. Gegenüber den Arbeitern und Bauern würden sie sich «Arbeiterpartei» nennen, der Schwerindustrie und den Kapitalisten würden sie den Kampf gegen den Sozialismus in Aussicht stellen[22].

Die Krise der Demokratie

Die demokratiekritische Stimmung der 1920er-Jahre spiegelte sich in den politischen Zeitschriften der Deutschschweiz wider. Noch bevor der Nationalsozialismus in Deutschland an Kraft gewann, äusserten sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verschiedenster politischer Couleurs über den Zustand der Demokratie und die Gefahren, die von ihr ausgehen würden. Die Kritik an den damaligen Zuständen lässt sich in einigen Punkten zusammenfassen. Dem Ruf, die Demokratie sei in

[20] Leonhard RAGAZ, Rundschau, in: *Neue Wege* 24 (1930), Heft 7–8, S. 364.

[21] Leonhard RAGAZ, Rundschau, in: *Neue Wege* 24 (1930), Heft 10, S. 478.

[22] Johann Robert WAGNER, Zur Bedeutung des 13. März, in: *Rote Revue* 11 (1931–1932), S. 232f.

einer Krise, folgte zumeist die Erklärung, dass das parlamentarische System den aktuellen Herausforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen sei. Die Schuld an den beklagenswerten Verhältnissen wurde je nach politischer Verortung dem ausufernden Kapitalismus, der Sozialdemokratie oder dem Liberalismus mit seinen aufklärerischen Idealen gegeben. Vielfach wurde argumentiert, die Demokratie fördere die Trägheit der Masse und sei verantwortlich für einen Sittenzerfall, der in Individualismus und Nihilismus ende[23]. Ein fähiger und charismatischer Führer solle die Gefahren der Demokratie bannen und die Masse führen. Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen und an der Demokratie unterschied sich nicht nur nach politischer Weltanschauung, sondern wies selbst innerhalb der gleichen ideologischen Familie grosse Unterschiede auf. So wurde je nach Autor die Demokratie verteidigt oder stark kritisiert oder gar abgelehnt. Bei der Beurteilung des Nationalsozialismus ist dieser Punkt von herausragender Bedeutung: Fanden zeitgenössische Schweizer Journalisten, die Demokratie sei in einer Krise, hatten sie auch mehr Verständnis für das Aufkommen von faschistischen Bewegungen wie dem Nationalsozialismus.

«Eine der offenkundigen Tatsachen der gegenwärtigen Entwicklungsphase der abendländischen Welt ist der Zusammenbruch der Demokratie.»[24] Diese Aussage stammt nicht etwa aus einer katholisch-konservativen oder liberalen Feder, sondern von Leonhard Ragaz, Gründer und Hauptredakteur der religiös-sozialistischen

[23] Im Nihilismus, der jegliche Werte verneint, sahen viele intellektuelle Zeitgenossen das grösste Übel der Gesellschaft. Unter Berufung auf Friedrich Nietzsche erblickten sie in der liberalen und kapitalistischen Ordnung eine Entfremdung der Gesellschaft von der Religion, moralischen Werten und höheren Idealen. Ragaz schrieb 1923, dass nach Nietzsche die Demokratie durch eine andere Ordnung abgelöst werde. Die «neuen Herren der Erde» seien nun Kapitalisten, Industrielle, «Zeitungskönige», militärische Autoritäten, aber auch «politische Diktatoren» wie Lenin oder Mussolini; vgl. RAGAZ, Zur Weltlage: vom Schicksal der Demokratie (wie Anm. 11).

[24] RAGAZ, Zur Weltlage: vom Schicksal der Demokratie (wie Anm. 11), S. 272.

Zeitschrift *Neue Wege*. Ragaz fuhr fort: «Die Menschen sind des Chaos müde und sehnen sich nach Ordnung. Sie sind des Hungers müde und sehnen sich nach Brot. Sie sind der Freiheit müde und sehnen sich nach Autorität. Sie sind der Gleichheit müde und sehnen sich nach Verehrung. Sie sind der Schwäche müde und sehnen sich nach Kraft. Sie sind der Maschinen müde und sehnen sich nach Menschen. Sie sind der Demagogen müde und sehnen sich nach Führern.»[25]

Der Ton hinter den Aussagen von Ragaz unterschied sich bei der Beurteilung der Demokratie und des «geistigen Lebens» nicht wesentlich von dem konservativer Zeitgenossen. Die Krise der Politik und der Demokratie habe Weltcharakter angenommen, schrieb Ragaz 1925.

Der Nationalsozialismus als Heilsbringer

Solche kritischen Worte über die Demokratie und den Parlamentarismus sowie die Forderung nach mehr Autorität in den untersuchten politischen Zeitschriften schlugen sich in der Beurteilung und Deutung von antidemokratischen und faschistischen Bewegungen in Europa nieder. Für das Aufkommen rechter Diktaturbewegungen machten die zeitgenössischen Intellektuellen sehr oft die vermeintliche Krise von Politik und Gesellschaft verantwortlich. Die Frage, wie die nationalsozialistische Partei es schaffte, in so kurzer Zeit wieder zu Wahlerfolgen zu gelangen, war eines der wichtigsten Themen in den politischen Zeitschriften seit Ende der 1920er-Jahre. Hier verwiesen zeitgenössische Intellektuelle auf die allgemeine moralische Depression der Gesellschaft. Die Massen seien enttäuscht von den aktuellen Verhältnissen und auf der Suche nach etwas Besserem. Insbesondere das deutsche Volk stehe der Verzweiflung nahe. Mit solchen Argumenten rechtfertigten die Zeitschriften das

[25] RAGAZ, Zur Weltlage: vom Schicksal der Demokratie (wie Anm. 11), S. 272.

Wahlverhalten des deutschen Volkes oder zeigten zumindest ein gewisses Verständnis dafür. So beschrieb Hans Alfred Wyss in den *Schweizer Monatsheften* den Triumph der Nationalsozialisten als einen «eindrücklichen Sieg des Radikalismus»[26]. Dieser erkläre sich nur durch die allgemeine moralische Depression, die wirtschaftliche Not des Einzelnen und die politische Hilflosigkeit im Ganzen. Julius Schmidhauser schrieb in derselben Zeitschrift dem Nationalsozialismus durchaus gute Eigenschaften zu. Er sage uns, was wir durch die Demokratie verloren hätten. In ihm würden Elemente der politischen Geistesverfassung des deutschen Volkes auftauchen, derer es heute wieder «nothaft» bedürfe[27].

Obwohl sich die *Neuen Wege* und die *Rote Revue* deutlich schärfer gegen den Nationalsozialismus stellten, waren zum Teil ähnliche Erklärungsansätze zu lesen wie in konservativen oder liberalen Zeitschriften. Der Anstieg von nationalistischen und faschistischen Bewegungen in Europa sei durch die geistige und wirtschaftliche Not der Weltlage erzeugt und ein neues Symptom für die Unhaltbarkeit der Zustände. Unverkennbar gebe es auch gute Elemente solcher Bewegungen, wie die Betonung des Organischen in der Gesellschaft, des Volkstums, der Familie und der solidarischen Volksgemeinschaft. Die Kritik dieser Bewegungen an der heutigen Demokratie, vor allem am Parlamentarismus und am Parteiwesen, sei sicher berechtigt[28]. Der Konservatismus und der Liberalismus hätten kaum mehr lebendige Gedanken, während der Faschismus, wenn man an seine Quelle gehe, immerhin ein originales System mit viel Wahrheitsgehalt und Aktualität sei. Dabei dürfe man aber nicht an seine mussolinische oder gar hitlerische Entartung denken[29].

[26] Wyss (wie Anm. 18), S. 289–296.

[27] Vgl. Schmidhauser (wie Anm. 19), S. 489–511.

[28] Vgl. Der internationale Ausschuss der religiösen Sozialisten, Zur Weltlage: Ein Wort über Nationalismus und Faschismus an die europäische Christenheit, in: *Neue Wege* 24 (1930), S. 521–525.

[29] Vgl. Leonhard Ragaz, Rundschau, in: *Neue Wege* 25 (1931), S. 451–457.

Was die Interpretation dieser vermeintlichen Krisensituation betrifft, unterscheiden sich die untersuchten Zeitschriften jedoch erheblich. Während die *Schweizer Monatshefte* die Demokratie für überholt hielten und eine rosige Zukunft für Diktaturen voraussagten, zeigten sich die sozialistischen Zeitschriften angesichts solcher Aussagen wehrhaft und verteidigten die Demokratie. Obwohl Ragaz in den *Neuen Wegen* eingestand, dass Inhalt und Form der Demokratie einige Reformen nötig hätten, lehnte er die Einführung autoritärer Staatsformen entschieden ab. Die neue Demokratie werde kommen, und nicht «jenes Cäsarentum und Diktatorentum von Lenin über Mussolini bis zu Hitler, von dem falschen Propheten, von Spengler und allen seinen Verbündeten bis de Reynold [...]»[30]. In der *Roten Revue* schrieb Karl Kautsky: «Die heutigen Diktatoren von Mussolini bis Sinowjew sind ganz gewöhnliche Parvenüs.»[31] Diese würden keine ernsthafte Krise überstehen – jedenfalls nicht in einem Land mit einem starken Proletariat. Die Gegenrevolution sah Kautsky als vorübergehendes Phänomen an. Dann werde «die Demokratie in ganz Europa ebenso gefestigt sein wie bisher bereits in England und dann sind die Kampfbedingungen des Proletariats überall die gleichen». Die Demokratie verteidigten jedoch nicht nur Autoren sozialdemokratischer Gesinnung. Im Januar 1930 erschien in der freisinnigen Zeitschrift *Politische Rundschau* ein Artikel mit dem Titel «Zur Kritik an der Demokratie». Der Autor stimmte zwar der Aussage zu, dass die Demokratie sich in einer Krise befände. Die schweizerische Demokratie mit der Kompromissfindung sei jedoch ein Vorzeigemodell: «Die demokratische Staatsform beansprucht kein unbeschränktes Lob. Zu ihren Unvollkommheiten gehört der Kompromiss. Und merkwürdig: es ist der Schweiz nie schlecht

[30] Leonhard RAGAZ, Zur Weltlage: der Umschwung, in: *Neue Wege* 18 (1924), S. 372–383.

[31] Karl KAUTSKY, Wandlungen der Internationale: zum 28. September, in: *Rote Revue* 4 (1924–1925), S. 18–29.

gegangen, wenn sie sich ihm unterwarf. [...] Kein Bundesbrief ohne Kompromiss!»[32]

Der Nationalsozialismus als Reaktion auf den Kommunismus

Neben der Krise der Demokratie und der Suche der Menschen nach einer neuen Ordnung, erwähnten die Autoren vielfach auch, dass die faschistischen Bewegungen eine Reaktion auf den Kommunismus seien. Der Faschismus sei eine Folge des Kommunismus, behauptete Karl Alfons Meyer in den *Schweizer Monatsheften*. Auf eine Aktion – wie der Kommunismus in Europa – folge zwangsläufig eine Reaktion. Die «Faschisten und Hakenkreuzler» stellten eine solche Reaktion dar: «Im heutigen Europa ist das Aufkommen ‹reaktionärer› Gruppen bezeichnend für alle Länder, in denen Übergriffe des internationalen Kommunismus vorkamen.»[33] Meyer folgerte, dass in Ländern, in denen noch keine solchen faschistischen Gruppierungen hervorgetreten seien, der Druck von links zu klein gewesen sei. In diesem Artikel zeigen sich auch die antisemitische Tendenz der *Schweizer Monatshefte* und ihre Sympathiekundgebungen für die antidemokratischen Kräfte auf der rechten Seite – auch für die Nationalsozialisten. So behauptete Meyer, dass «jüdische und russische Anarchisten und Nihilisten [...] das Chaos als solches erstreben und durch politische Alleinherrschaft des Proletariats erzwingen wollen»[34]. Mit solchen Aussagen rechtfertigte der Autor das Aufkommen von rechten antidemokratischen Gruppierungen als Reaktion auf den Kommunismus, der seinerseits die Diktatur für sich beanspruche. Dass faschistische Bewegungen wie der Nationalsozialismus «in mächtigem Aufschwung» begriffen seien, wurde

[32] Gottfried GUGGENBÜHL, Zur Kritik an der Demokratie, in: *Politische Rundschau*, Januar 1930, S. 27–32.

[33] Karl Alfons MEYER, «Reaktion», in: *Schweizer Monatshefte* 3 (1923–1924), S. 625.

[34] MEYER (wie Anm. 33), S. 620.

von den Autoren der *Schweizer Monatshefte* mehrheitlich begrüsst: «Offen oder geheim, es ist der Faschismus, der sicher nicht mehr leicht aufzuhalten ist!» Dass die Dinge sich so hätten entwickeln können, «daran tragen die Linksparteien die Hauptschuld»[35]. Durch rücksichtslosen Terror und Verfolgung der Gegner mit staatlichen Mitteln hätten sich die Rechten im Geheimen entwickeln können.

Auch bei den religiösen Sozialisten sah man das Aufkommen des Faschismus als Reaktion auf den Kommunismus: «Der Faschismus tritt überall dem Bolschewismus entgegen, auch da, wo dieser wenig bedeutet»[36], schrieb Ragaz schon im Juni 1924. «Er ist ein Produkt aus der Reaktion gegen den Bolschewismus und den bolschewisierenden Sozialismus [...].» Die zwei Phänomene seien sich ohnehin sehr ähnlich, es seien die extremsten Formen der Reaktion. Der Bolschewismus und der Faschismus seien sich geistig sehr verwandt, und Mussolini könne als Stiefbruder Lenins gelten.

Der Faschismus beziehungsweise der Nationalsozialismus wurde in den 1920er-Jahren und selbst Anfang der 1930er-Jahre sehr oft und von allen politischen Lagern mit dem Kommunismus verglichen[37]. Die sozialdemokratischen Redaktoren versuchten, sich mit solchen Aussagen klar vom Kommunismus abzugrenzen. Gleichzeitig zeigte man auch bei den *Neuen Wegen* ein gewisses Verständnis für das Aufkommen faschistischer und antidemokratischer Bewegungen. Neben der Reaktion auf die vermeintlichen Missstände in Politik und Gesellschaft seien solche Bewegungen eine Antwort auf den Kommunismus.

Die politischen Zeitschriften führten den Erfolg der Nationalsozialisten auch darauf zurück, dass sie über die moderneren propagandistischen Mittel verfügten und diese vor allem auch anwenden würden. Der neben Ernst Nobs für die Redaktion der *Roten Revue*

[35] Hektor AMMANN, Politische Rundschau, in: *Schweizer Monatshefte* 3 (1923–1924), S. 363.

[36] RAGAZ, Zur Weltlage: die Reaktion (wie Anm. 12), S. 266.

[37] Vgl. beispielsweise Ernst REITHAAR, Das Werden und Wesen des Faschismus, in: *Rote Revue* 7 (1927–1928), S. 278.

verantwortliche Friedrich Heeb titelte Ende 1930 «Der Instinkt für politische Notwendigkeiten»[38]. Er meinte, dass der Erfolg der Nationalsozialisten «in der Ebene der Politik und der Massenpsychologie» lag. Die NSDAP wolle die politische Technik reformieren und ihre Einwirkungsmittel – Plakate, Zeitungen, Versammlungsreden – mit grosser Intensität anwenden. Der Goebbels-Stil in der deutschen Politik habe dem deutschen Faschismus zu seinem Erfolg verholfen. Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten seien insbesondere auf diese aggressiven Propagandatätigkeiten zurückzuführen, glaubte man in der Redaktion der *Roten Revue*: «Ein Hauptgrund der Erfolge des Faschismus beruht zweifellos in der Art, wie er dem elementaren Klasseninstinkt der Massen entgegenkommt und dem sozialen Unwillen gewisser Volksschichten Ausdruck verleiht», schrieb Heeb.

Obwohl die meisten sozialistischen Journalisten die aggressiven Methoden der Nationalsozialisten verachteten, waren sie dennoch angesichts des schnellen Erfolgs der NSDAP bei den Wahlen neidisch. Bei Friedrich Heeb ist ein zwiespältiger Umgang mit dem Vorgehen der Nationalsozialisten anzumerken. Die Sozialdemokratie müsse ihre Strategie derjenigen der Nationalsozialisten anpassen, obwohl diese primitiv sei: «Ein beispielloses hakenkreuzlerisches Trommelfeuer ging monatelang über die deutschen Wähler nieder. Täglich hielten die Nationalsozialisten 150 Versammlungen im ganzen Reiche ab, nachdem sie das Volk in den Monaten und Jahren zuvor aufs intensivste mit ihrer Lügenpropaganda bearbeitet hatten. Dem allem wussten die deutschen Sozialdemokraten lange Zeit nichts entgegenzusetzen als den Versuch, die Hakenkreuzlerei lächerlich zu machen, sie nicht ernst zu nehmen. Die Nationalsozialisten haben ihre Flugblätter in jedes Dorf ganz Deutschlands zu bringen gewusst, ihre Plakate in Hunderttausenden von Exemplaren angeschlagen, das Porträt Hitlers bald an jede Hauswand

[38] Friedrich Heeb, Der Instinkt für politische Notwendigkeiten, in: *Rote Revue* 10 (1930–1931), S. 108–117.

hingeworfen. Sie haben sich alle psychologischen Erfahrungen der modernsten kapitalistischen Reklamechefs zunutze gemacht, während sich die Sozialdemokratische Partei mit einer ganz unangebrachten vornehmen Zurückhaltung, [...] mit Methoden aus dem handwerklichen Mittelalter, begnügte.»[39]

Einschätzungen und Bewertungen des Nationalsozialismus

Von grossem Interesse ist die Frage, wie die politischen Redaktoren den Nationalsozialismus einschätzten und bewerteten. Befürworteten sie den Nationalsozialismus oder lehnten sie ihn ab? In vielen Artikeln zählten die Journalisten die guten Eigenschaften und die negativen Seiten des Nationalsozialismus im demselben Artikel auf. Auffallend ist, dass die negativen Charakterisierungen des Nationalsozialismus die positiven bei weitem überwogen. Positiv bewertet wurde der Umstand, dass eine Bewegung der Weimarer Demokratie den Kampf ansagte. Für viele Deutsche könne die Bewegung befreiend wirken, fand der ehemalige Freisinnige und spätere Parteiführer der Nationalen Front, Rolf Henne. Dieser schrieb im September 1932, dass die parlamentarische Demokratie im deutschen Volksempfinden nie habe Wurzeln schlagen können und dass eine «der deutschen Wesensart entsprechende Neuordnung des politischen Lebens» nötig sei[40].

Sogar in der Redaktion der *Neuen Wege* verwies man auch auf positive Elemente des Nationalsozialismus. Dies geschah vor allem im Rahmen der allgemeinen Kritik an der Demokratie – insbesondere am Parlamentarismus. Letzterer sei nicht mehr vertrauenswürdig. Ragaz betonte jedoch stets, dass der Nationalsozialismus keine Lösung für die bestehenden Probleme sei. Zwar reagiere er auf eine generelle Not der Zeit, verursache aber mehr Probleme, als er löse.

[39] Heeb (wie Anm. 38), S. 113.

[40] Rolf Henne, Politische Rundschau, in: *Schweizer Monatshefte* 12 (1932–1933), S. 335.

Ähnlich tönte es zwei Jahre später aus der gleichen Feder. Der Nationalsozialismus habe sich auf leerem Boden entwickeln können, den weder der Sozialismus noch ein tieferes nationales Wesen noch das Christentum bepflanzt hätten. «Wie möchte man dem deutschen Volke eine nationale Erneuerung gönnen! Aber Hitler und seine Genossen können sie ihm nicht bringen.»[41]

Am Faschismus gefiel Julius Schmidhauser vor allem die Führeridee. Dies sei das eigentlich Durchschlagende: Einer sei da, der den auseinanderfallenden Staat zusammenbinde, der sich in dessen Dienst stelle, der die Verantwortung für das Ganze auf sich nehme und der das eigenwillige Volk wieder in eine Gefolgschaft verwandle. Die Gefahren für ein Volk, führerlos zu sein, seien nämlich mannigfaltig, behauptete Schmidhauser. Zum einen sei dies die eigene Trägheit des Volkes, zum anderen dessen Zersetzung und Uneinigkeit[42]. Positiv wurde von den schweizerischen Redaktoren zudem der Umstand bewertet, dass der Nationalsozialismus nicht parteipolitisch agiere, sondern eine Bewegung sei, auf die sich das deutsche Volk stützen könne. Alles, was aus der Bewegung komme, sei positiv, schrieb Mannhardt. Der Nationalsozialismus sei jedoch nicht nur eine Partei, sondern auch eine volksdeutsche Bewegung, bemerkte Hektor Ammann. Daraus folgerte er, dass die NSDAP das Aktivwerden einer durch ganz Deutschland gehenden Bewegung darstelle. Zudem hätten die Nachkriegszeit, die Inflation und der Wirtschaftszerfall die Bewegung und ihre Träger reifen lassen. Alle Romantik der Anfangszeit sei abgestreift. «Es sind Männer des Gedankens und der Tat.»[43] Dagegen erklärte Wyss, viele Ideen des Nationalsozialismus erschienen utopisch, doch sei unbestreitbar, dass nur mit diesen Ideen ein neues Volksbewusstsein und Nationalgefühl entstehen könne.

[41] Leonhard RAGAZ, Zur Weltlage: die Hindenburg-Hitlerwahl, in: *Neue Wege* 26 (1932), S. 173.

[42] SCHMIDHAUSER (wie Anm. 19), S. 500.

[43] Johann Wilhelm MANNHARDT, Der Nationalsozialismus und die Parteien in Deutschland, in: *Schweizer Monatshefte* 11 (1931–1932), S. 381.

Obwohl sich viele Zeitgenossen positiv über die nationalsozialistische Bewegung äusserten, überwogen die negativen Bewertungen die positiven bei weitem. Edgar Julius Jung freute sich über die vermeintliche Tatsache, dass die deutsche Revolution sich nun nicht mehr stoppen lasse. Die Revolution sei aber nicht restlos vom Nationalsozialismus abhängig, befand er. Dieser stelle nur eine Gruppe dar, ein Teilgebiet[44]. Nur wenig später zeigte sich derselbe Autor vom Nationalsozialismus enttäuscht: Die Führer und Gründer der Partei hätten sich selbst überschätzt und die geistigen Führer des deutschen Nationalismus von der nationalsozialistischen Bewegung ausgeschlossen. Die geistige Struktur des Nationalsozialismus sei sehr zufällig und unvollkommen geblieben[45]. Diese Aussagen Jungs spiegeln die Haltung der Vertreter der Konservativen Revolution sehr gut wider. Vor ihren grossen Wahlerfolgen genoss die NSDAP bei den antidemokratischen Parteien Deutschlands kein allzu grosses Prestige. Vorgeworfen wurden ihr insbesondere die mangelnden intellektuellen Fähigkeiten ihrer Führer sowie ihr primitives Programm. Ferner kritisierten die antidemokratischen Intellektuellen, dass die NSDAP zu parteipolitisch agiere. Mit den steigenden Erfolgen an der Wahlurne wurde den Vertretern der Konservativen Revolution bewusst, dass der Nationalsozialismus die wohl einzige Möglichkeit war, die verhasste Weimarer Republik zu vernichten. So äusserten sie denn auch ihre Freude über den Aufstieg des Nationalsozialismus. Eine gewisse ablehnende Haltung blieb freilich bei den meisten Vertretern der Konservativen Revolution bestehen. Ihnen missfielen die diffuse Weltanschauung der NSDAP, ihre pöbelhaften Mitglieder und ihr primitives und wenig intellektuelles Programm. Jung, einer der bekanntesten Vertreter der Konservativen Revolution, nahm dem Nationalsozialismus gegenüber eine besonders ambivalente Stellung ein. Er freute sich zwar über die

[44] Edgar Julius Jung, Politische Rundschau: Bericht aus dem Deutschen Reiche, in: *Schweizer Monatshefte* 12 (1932–1933), S. 162.

[45] Edgar Julius Jung, Zustand in Deutschland, in: *Schweizer Monatshefte* 12 (1932–1933), S. 373.

Erfolge der NSDAP in der Hoffnung, die von ihm gehasste Weimarer Republik werde dadurch abgeschafft, zweifelte jedoch stark an den Fähigkeiten Hitlers und seiner Mitstreiter[46].

Wichtigster Kritikpunkt der schweizerischen politischen Zeitschriften am Nationalsozialismus war sein unscharfes Programm und seine diffuse Ideologie. So nahm Hans Alfred Wyss den Nationalsozialismus 1930 als eine lobenswerte Bewegung wahr, betonte jedoch, dass noch sehr vieles im Dunklen liege. Die Partei habe ein äusserst unscharfes Programm, das unklare Formulierungen enthalte. Es würde aus Anhäufungen verlockender Versprechungen bestehen, wie dies bei anderen Parteien aber auch der Fall sei[47]. Die nationalsozialistische Ideologie sei noch wenig entwickelt. Auch Rolf Henne erwähnte das undurchsichtige und unklare Programm und sprach von einer «chaotischen und mit revolutionären Elementen durchsetzten Hitlerbewegung»[48].

Das nationalsozialistische Weltbild und die Pläne der NSDAP wurden von mehreren Redaktoren kritisiert und teilweise sogar lächerlich gemacht, da die Ideen Hitlers zur damaligen Zeit als völlig unrealistisch galten. Seine Weltanschauung sei in wenigen Strichen umschrieben, schrieb Emil Walter. Nur durch Reinhaltung der Rasse könne Deutschland zum beherrschenden Volk der Erde werden, «weil nur die Arier dank ihrer Aufopferungsfähigkeit für die Gemeinschaft befähigt sind, den jüdischen Egoismus zu überwinden». Hier schleiche sich ein durchaus irrationales, metaphysisches Element in Hitlers Weltanschauung ein. Dieser übertrage die politischen Zwangsvorstellungen aus dem Österreich der Vorkriegszeit in die deutsche Politik der Gegenwart. Dass Walter die nationalsozialistische Ideologie und ihr Programm für lächerlich

[46] Vgl. hierzu Kurt SONTHEIMER, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1978, S. 279–285.

[47] WYSS (wie Anm. 18), S. 290.

[48] Rolf HENNE, Zur politischen Lage, in: *Schweizer Monatshefte* 12 (1932–1933), S. 335–337.

hielt, zeigt das folgende Zitat über das aussenpolitische Programm der NSDAP: «Deutschland soll sich mit Italien und England gegen Frankreich verbünden, um im Osten deutsches Siedlungsland (!) und in der Übersee Kolonien erobern zu können. Man sieht, Hitler gehört zu jenen Politikern, die in ihre weltpolitischen Ziele nicht einmal die Frage einspannen, ob der gesuchte Bündnispartner auch willens sei, dem vorgeschriebenen Ziele zu dienen.»[49] Diese Aussagen lassen durchblicken, dass die schweizerischen Redaktoren – zumindest in den sozialistischen Zeitschriften – das Programm und die Ideologie des Nationalsozialismus als komplett abwegig erachteten und nicht wirklich ernst nahmen.

Am Nationalsozialismus wurden häufig auch der extreme Nationalismus und der totalitäre Charakter der Partei kritisiert. Das Volk und die Volksgemeinschaft würden im Nationalsozialismus im Mittelpunkt stehen, bemerkte der Frontist Julius Schmidhauser. Im Unterschied zum italienischen Faschismus fehle hier der römische Gedanke des institutionellen hierarchischen Staates: «Das macht die nationalsozialistische Bewegung unklarer, aber auch möglichkeitenreicher.» Wie andere Autoren der *Schweizer Monatshefte* sah auch Schmidhauser demnach im Nationalsozialismus Entwicklungspotenzial. Das Programm und die Ideologie seien noch unklar und unscharf. Es gebe jedoch gute Ansätze, und die Autoren konnten ihre Hoffnung auf eine gute Entwicklung des Nationalsozialismus nicht verbergen. Im Ganzen sei der Nationalsozialismus aber noch zu sehr blosse Reaktion wie der Faschismus. Dieselbe Kritik gelte also auch für ihn: «Sein Nationalismus ist verblendet wie der faschistische. In ihm sind primitive dämonische Züge völkischer Ich-Gier, die aus Erniedrigungen verständlich, aber alles andere eher als vorbildlich sind. Er ist eine ebenso undeutsche wie widerchristliche Einengung des Blickfeldes auf das eigene Volk. Er ist ein Schlag gegen den deutschen wie

[49] Emil WALTER, Wurzeln des Nationalsozialismus, in: *Rote Revue* 10 (1931–1932), S. 174.

den christlichen Universalismus. Er wird einer ungeheuren Realität nicht gerecht, so wenig wie der Faschismus. Er kennt den Menschen nicht. Er hält den Menschen für eine Abstraktion. Er kennt nur den Deutschen, wie der Faschist nur den Italiener. Der Mensch ist keine Abstraktion. [...] Es ist an der Zeit, gegenüber einem falschen ausgleichenden nivellierenden Internationalismus den konkreten bodenständigen völkischen Menschen zu betonen. Aber es ist nie dazu Zeit, über dem deutschen oder italienischen Menschen den Menschen selber zu vergessen.»[50]

Vom brillanten Organisator zur Marionette des Kapitals: das Hitlerbild in den politischen Zeitschriften

Bei der Einschätzung des Nationalsozialismus kamen die politischen Zeitschriften der Deutschschweiz nicht umhin, über dessen Führer zu berichten. Das Hitlerbild vor der Machtergreifung war bei vielen Zeitschriften jedoch sehr ambivalent. Einerseits sprach man Hitler gute organisatorische und propagandistische Fähigkeiten zu, andererseits nahm ihn kaum jemand als einen staatsmännischen Politiker wahr. Dieser Zwiespalt zeigt sich gut im 1929 erschienenen Artikel von Hektor Ammann in den *Schweizer Monatsheften*. Dieser erklärte, dass der Nationalsozialismus nach dem missglückten Münchner Putsch beinahe völlig am Boden gewesen sei. Die Nationalsozialisten hätten viel Zeit gebraucht, bis sie wieder einigermassen eine Organisation geschaffen hätten. Mit der Zeit sei dies der Organisationsgabe Hitlers jedoch gelungen. Die Nationalsozialisten würden nun die nationale Opposition bilden. Ob sie aus dieser Rolle heraus noch einmal zu grösserer Bedeutung kommen würden, sei unsicher, schrieb Ammann. Denn er habe Zweifel an der aussenpolitischen Befähigung Hitlers[51].

[50] SCHMIDHAUSER (wie Anm. 19), S. 502–503.

[51] Hektor AMMANN, Zur politischen Lage. Deutschlands innere Entwicklung, in: *Schweizer Monatshefte* 9 (1929–1930), S. 477.

Neben dem Mangel an staatsmännischen Fähigkeiten glaubten die Deutschschweizer Intellektuellen auch, dass Hitler kein origineller Theoretiker sei. Dies lässt sich anhand eines Artikels von Hans Alfred Wyss gut darlegen. Wyss schrieb darin, dass Hitler im Nu zur wichtigsten Figur des Nationalsozialismus wurde und ein hervorragender Redner, Organisator und Führer sei. Er habe die Entscheidung über «alle das Programm betreffende Fragen» aber Gottfried Feder übertragen. Dessen Buch «Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage» betrachtete Wyss denn auch als «Parteibibel» und als bedeutendste Leistung des Nationalsozialismus[52]. Es ist bezeichnend, dass Wyss Hitlers Buch «Mein Kampf» nicht mit einer Silbe erwähnt. Der Autor glaubte wohl, dass sich Hitler lediglich auf das Führen, Organisieren und Reden beschränken würde – das Programm, die Ideologie und das theoretische Fundament des Nationalsozialismus würde er anderen, intelligenteren Personen überlassen.

Noch deutlicher waren die sozialdemokratischen Journalisten, die den Nationalsozialismus wenige Monate vor der Machtergreifung hinsichtlich einer Machtübernahme als völlig ungefährlich einstuft hatten. Dies hing sicherlich auch mit der Wahrnehmung Hitlers zusammen. So schrieb Robert Wagner in der *Roten Revue*, dass das erfolgreiche Abschneiden der Nationalsozialisten an der Wahlurne internationale wirtschaftliche Spannungen und Misstrauen in die deutsche Politik gebracht hätte. Vor dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, müsse man aber keine grosse Angst haben: «Nicht dass etwa mit dem Trommler Hitler eine überragende Figur auf die Weltenbühne getreten wäre. Auch wenn man sich ganz objektiv Mühe gibt, aus seinen Publikationen (‹Mein Kampf› und ‹Völkischer Beobachter›) ein Bild seiner Persönlichkeit und seines politischen Wollens zu gewinnen, so wird man, wenn einem hierfür Schlagworte, Rhetorik, Allgemeinheiten und Halbwahrheiten nicht genügen, immer wieder sich sagen müssen,

[52] Wyss (wie Anm. 18), S. 294–295.

das Eigenartige und eigentlich Erschütternde liege nicht erst darin, dass ein Mann dieses Formats hundert Jahre nach Goethes Tod in einer führenden Kulturnation als Kandidat für die höchste, mit entscheidenden Machtbefugnissen ausgestattete Stelle 11 Millionen Stimmen erhalten konnte, sondern schon darin, dass er als Kandidat überhaupt möglich war. Die Zeit, in der das möglich ist, ist wirklich ‹aus den Fugen›.»[53]

Immer wieder wurde Hitler auch mit seinem italienischen Pendant Mussolini verglichen, und dabei wurde die nationalsozialistische Ideologie stets mit dem italienischen Faschismus kontrastiert. Leonhard Ragaz schrieb 1930, dass der Nationalsozialismus zu viele Widersprüche enthalte. Zur Not wäre zwar denkbar, dass ein Führer mit überragendem Geist die verschiedenen Elemente zusammenhielte, so wie es in Italien der Fall war und immer noch sei. Doch der italienische Faschismus sei ein viel einheitlicheres Gebilde als der deutsche Nationalsozialismus, und Mussolini sei «immerhin doch ein anderer ‹Kerl› als dieser Adolf Hitler». Ragaz beteuerte, dass er kein Bewunderer Mussolinis sei, dass dieser auf seine eigene Art aber doch bedeutend sei. «Dieser Adolf Hitler aber ist doch wohl selbst nur eine Art Chimäre, ein kurzlebiges Produkt der ‹Wunschphantasie› jener sich unglücklich fühlenden und in politischen Dingen gläubig kindlichen Schichten des deutschen Volkes.»[54]

Insbesondere in den sozialdemokratischen Zeitschriften wurde Hitler als lächerliche Figur dargestellt. Die Journalisten konnten sich nicht vorstellen, dass er fähig sei, eine so erfolgreiche Partei zu führen. So glaubten sie, dass hinter ihm Leute stünden, die ihn nur als Instrument zum Weg an die Macht benutzen würden. Dieses Argument taucht in der *Roten Revue* in den Berichten über Hitler immer wieder auf. So noch Ende 1932, als Robert Grimm sich mit den Kräften der deutschen Konterrevolution befasste: «Die Kräfte der deutschen Konterrevolution sind zunächst unklar

[53] WAGNER, Zur Bedeutung des 13. März (wie Anm. 22), S. 231.
[54] RAGAZ, Rundschau (wie Anm. 21), S. 479.

und unübersichtlich. Ihre Drahtzieher halten sich vorerst im dunklen Hintergrund und lassen Zeit und Ereignisse für sich wirken. Scheinbar ist Hitler der Träger der deutschen Konterrevolution. Aber Hitler ist nur Werkzeug, nicht selbstständig handelnde Figur. Die wirklich treibenden Kräfte sind die Junker und die Schwerindustriellen mit ihrem monarchistischen Janhagel als Anhang.»[55]

Diese marxistische Sichtweise betrachtete die Kapitalisten als die eigentliche Gefahr. Letztere würden im Hintergrund die Fäden ziehen und Hitler nur als Mittel zum Zweck benutzen. Grimm ging sogar so weit zu behaupten, dass es ein Fehler der deutschen Sozialdemokratie sei, den Nationalsozialismus als die grösste Gefahr für die Demokratie zu betrachten. Die eigentliche, wirkliche Gefahr seien die Grosskapitalisten und Schwerindustriellen: «Der organisatorisch veranlagte Kopf und zugleich der gewissenlose Demagog, den es braucht, ist Hitler. Die finanziellen Mittel fliessen aus den Quellen der bewussten Konterrevolutionäre, aus den Kassen der Schwerindustrie, der Junker und des Fürstengesindels. In den Augen der deutschen Sozialdemokratie und der Deutschen Republik liegt die grösste Gefahr im Hitlerschen Faschismus. Gegen ihn richtet sich der Kampf. Die wirkliche, im Hintergrund lauernde Gefahr, der wirkliche Faschismus, wird übersehen, bis er sich spontan zu erkennen gibt. Die Träger dieses Faschismus sind aus ganz anderem Holz geschnitzt als der eitle, geistig uninteressante Hitler.»[56]

[55] Robert GRIMM, Das Ende der deutschen Demokratie, in: *Rote Revue* 12 (1932–1933), S. 48.

[56] GRIMM (wie Anm. 55), S. 49.

Der Antisemitismus der NSDAP und seine Wahrnehmung in der Schweiz

Der krasse Antisemitismus der nationalsozialistischen Ideologie im nördlichen Nachbarland blieb von den zeitgenössischen Journalisten nicht unbemerkt. Schon 1923 schrieb Hektor Ammann in den *Schweizer Monatsheften*, dass der Antisemitismus in der deutschen Politik eine «Macht» geworden sei, «von der wir uns hier in der Schweiz kaum eine rechte Vorstellung machen können». In Deutschland sei die steigende Judenfeindschaft jedoch durchaus verständlich, fand Ammann: «Die in Deutschland ja zahlenmässig und auch ihrer Bedeutung noch viel stärker als bei uns vertretenen Juden haben sich im Kriege als hauptsächliche Träger der Kriegswirtschaft sehr unbeliebt gemacht. [...] Dazu hat sich in den letzten Jahren eine sehr starke ostjüdische Einwanderung über Deutschland ergossen, die ja überall gleich verhasst ist und mit Recht!»[57]

In der Schweiz waren antisemitische Stimmungen insbesondere auch im konservativen Milieu präsent. Josef Beck, Freiburger Theologieprofessor und einer der führenden Lenker der katholisch-konservativen Schweiz, schrieb 1929 in den *Monat-Rosen*, dass die «Verjudung der Universitäten – namentlich in Österreich und Deutschland» eine Folgeerscheinung der moralischen Dekadenz der Nachkriegszeit sei. Der rapide Fortschritt des Kapitalismus, der eine «Diktatur des Grosskapitals» zur Folge habe, sei auch von der Internationalisierung der Banken, «zumal der führenden Judenbanken und Bankkonzerne», herbeigeführt worden, bemerkte Beck. Ziel der Juden sei es nun, eine «internationale Wirtschaftsorganisation unter dem Schutz des Völkerbundes» zu gründen. «Damit wäre das Ziel erreicht: Einer stark semitisch angehauchten ‹Wirtschaftsorganisation› stünde es frei, nach Gutfinden eventuell ganzen Nationen den Brotkorb höher oder tiefer zu hängen. Dann würde also der

[57] Hektor AMMANN, Zur politischen Lage, in: *Schweizer Monatshefte* 3 (1923–1924), S. 362.

Kapitalismus, d. h. das Judentum, alle Völker des Erdkreises beherrschen [...]»[58]. Mit diesen Aussagen bediente sich Beck am Stereotyp des einflussreichen Juden im Banken- und Finanzsektor.

Andere katholische Intellektuelle äusserten sich weit weniger bissig als der Freiburger Professor. Carl Doka, Chefredaktor der *Schweizerischen Rundschau*, schrieb im Oktober 1932, dass der Jude von Natur aus international sei, im Nationalen nicht mitschwingen würde und sich kaum assimiliere: «Der Gegensatz zum Wirtsvolk hat sich derart verschärft, dass auch hierzulande eine antisemitische Agitation nicht mehr zu übersehen ist. Keineswegs von der Schärfe, wie sie etwa im deutschen Nationalsozialismus zu finden wäre. Aber doch so stark, dass die Landesregierung offenbar aufmerksam geworden ist.»[59] Bundesrat Motta habe nämlich kürzlich deutlich gemacht, dass die Judenhetze unschweizerisch sei. Dieser Meinung war allem Anschein nach auch Carl Doka. So schrieb er, dass die antisemitische Strömung nicht anschwellen dürfe, sondern in eine sachliche Auseinandersetzung übergehen solle. Gewiss fand der Autor, dass die Judenfeindlichkeit gegenüber Schweizer Juden unangebracht und unchristlich sei. Unklar ist jedoch, ob Doka dem Antisemitismus der Nationalsozialisten ähnlich kritisch gegenüberstand. Denn im Gegensatz zur Schweiz seien im Ausland die Juden «nicht selten» im kaufmännischen Verkehr anzutreffen[60].

Solche Aussagen passen ins Bild des schweizerischen Antisemitismus der Zwischenkriegszeit. Die behördliche Diskriminierung

[58] Josef Beck, Das Gebot der Stunde, in: *Monat-Rosen* 74 (1929), S. 65–66.

[59] Carl Doka, Aus Zeit und Streit. Antisemitismus, in: *Schweizerische Rundschau*, 32 (1932–1933), S. 660–663.

[60] Vgl. hierzu Urs Altermatt, *Katholizismus und Antisemitismus: Mentalitäten, Kontinuitäten, Ambivalenzen. Zur Kulturgeschichte der Schweiz 1918–1945*, Frauenfeld/Stuttgart/Wien 1999, S. 127. Altermatt legt hier die widersprüchliche Haltung einiger intellektueller Katholiken zum Judentum dar. So hält Doka fest, «dass es in der Schweiz im Unterschied zu den benachbarten Ländern den ‹jüdische[n] Geschäftsmann› als dominanten Typus nicht gebe, obschon der jüdische Einfluss im Bereich der Warenhäuser, der Güterspekulation und des Viehhandels stark hervortrete».

von Juden – vor allem auch im Zweiten Weltkrieg – erfolgte oft unter dem Deckmantel der Verhinderung von Antisemitismus. Die antisemitischen Äusserungen wurden in abgeschwächten Formen vermittelt, vor dem Hintergrund einer «Nazifierung» der Schweiz[61]. In diesem Rahmen sind die paradoxen Aussagen Dokas zu verstehen. Dieser hatte durchaus eine antisemitische Geisteshaltung, die er auch zum Ausdruck brachte. Als Folge der Angst vor einer Übernahme ausländischer Ideologien neutralisierte er seine Aussagen jedoch und verteidigte die Juden als Schweizer Bürger. Die schweizerische Jugend lasse sich nämlich mehr und mehr von ausländischen Vorbildern beeindrucken, schrieb Doka. Sie gehe weiter als die vorherige Generation und stelle mitunter Forderungen, die «wohl oder übel an fremde Radikalismen erinnern». Dies treffe insbesondere den Antisemitismus, der auch in der Schweiz zunehme.

Neben klaren antisemitischen Äusserungen und vielen rein beschreibenden Aussagen über den deutschen Antisemitismus gab es durchaus auch Stimmen, die die extreme Judenfeindlichkeit in Deutschland ablehnten. Besonders die *Neuen Wege* unter Ragaz verurteilten diese[62]: Die «Rohheit» des nationalsozialistischen Antisemitismus widerstrebte dem religiösen Sozialisten. Wahre Christen könnten sich nicht zu einem solchen Rassenhochmut bekennen, las man 1930[63]. Der Antisemitismus Hitlers sei brutal, kindlich und gemein.

[61] Vgl. Christian WERNER, *Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessensgruppen in der Deutschschweiz 1928–1947*, Zürich 2000, S. 101.

[62] So hielt Ragaz bereits 1921 einen Vortrag über das Verhältnis von Judentum und Christentum. Er legte Gemeinsamkeiten der beiden Religionen dar, verurteilte den Antisemitismus und stand für den Zionismus ein, vgl. Peter AERNE, *Religiöse Sozialisten, Jungreformierte und Feldprediger. Konfrontationen im Schweizer Protestantismus 1920–1950*, Zürich 2006, S. 129–133.

[63] Leonhard RAGAZ, Rundschau, in: *Neue Wege* 24 (1930), S. 597–598.

Fazit

Untersucht wurden in diesem Beitrag sechs politische Zeitschriften der Deutschschweiz aus den drei politischen Lagern Liberalismus, Sozialdemokratie und katholischer Konservatismus. Aufgefallen ist in erster Linie das grosse Ungleichgewicht der Quellen in den politischen Lagern. Während die sozialdemokratischen Zeitschriften und die liberalen *Schweizer Monatshefte* zahlreiche Artikel über den Nationalsozialismus druckten, sucht man in den katholischen Zeitschriften sowie in der liberalen *Politischen Rundschau* meistens vergebens nach solchen Äusserungen.

Das liberale Milieu war wie kein anderes Lager tief gespalten. Während die *Politische Rundschau* als offizielles Parteiblatt auf Parteilinie war, wandten sich die *Schweizer Monatshefte* vom liberalen Gedankengut ab und vertraten offen antidemokratische und frontistische Ideen. Es überrascht daher nicht, dass man in der Zeitschrift die Entstehung rechtsextremer Gruppierungen wie den Nationalsozialismus begrüsste. Im Gegensatz zu den *Schweizer Monatsheften* hatte die *Politische Rundschau* eine weitaus differenziertere Meinung zur Demokratie. Zwar bestätigte man, dass die Demokratie an einen Tiefpunkt angelangt war und dass diese in gewissen Ländern abgeschafft werden möge. Jedoch verteidigte man das schweizerische Modell und wünschte nicht, dass in der Schweiz «fremde Radikalismen» angewandt würden.

Im Gegensatz zum liberalen war das sozialdemokratische Lager von einer grösseren Geschlossenheit gekennzeichnet. Zudem wurde hier von allen politischen Lagern am meisten über den Nationalsozialismus berichtet. Die *Rote Revue* wie auch die *Neuen Wege* setzten den Nationalsozialismus mit dem Faschismus gleich. Den Erfolg der NSDAP erklärten sie mit dem Zerfall des Bürgertums und der Auflösung der bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung. Allerdings verstand man in der Redaktion der *Neuen Wege* den Nationalsozialismus auch als Reaktion auf den Kommunismus. Damit wurde die Entstehung von antidemokratischen Bewegungen in Europa teilweise gerechtfertigt. Wie die bürgerlichen Zeitschriften

schrieben auch die *Neuen Wege*, dass dies mit der Not der Zeit und den Missständen in Politik und Demokratie zu erklären sei. Trotzdem verteidigten beide Revuen die Demokratie mit grosser Vehemenz und berichteten fast ausschliesslich negativ über den Nationalsozialismus.

Das konservative Lager wies die grösste Einheit unter den politischen Milieus auf, doch wurden in den katholisch-konservativen Zeitschriften mit Abstand am wenigsten Artikel über den Nationalsozialismus oder den Faschismus abgedruckt. Für die Katholisch-Konservativen – wie für die *Politische Rundschau* – lag die Gefahr eindeutig links. Dies erklärt das Desinteresse am Nationalsozialismus vor 1933.

Die konservativen Zeitschriften äusserten laute Kritik an den bestehenden Verhältnissen: Sie wollten die Demokratie mit ihren fehlerhaften Institutionen wie dem Parlamentarismus reformieren oder gar abschaffen. Viele Redaktoren sehnten sich nach einem Führer. Es überrascht daher nicht, dass der italienische Faschismus in den konservativen Revuen gelobt und Mussolini bewundert wurde. Die angebliche moralisch desolate Lage, die sich in der Schweiz verbreite, habe in Deutschland schon Einzug gehalten. Aus diesen Gründen würden die Extreme Kommunismus und Nationalsozialismus an Einfluss gewinnen. Die konservativen Redaktoren behaupteten somit auch, dass der Nationalsozialismus eine Reaktion auf die wirtschaftlichen und moralisch schlechten Zustände sei. Somit rechtfertigten sie dessen Aufstieg. Zudem schrieben sie, dass der Nationalsozialismus auf den Kommunismus antworte. Die Haltung der katholischen Autoren, unter denen sich auch etliche Freiburger befanden, war für viele Schweizer Intellektuelle in der Zwischenkriegszeit charakteristisch: Man akzeptierte oder stimmte den antidemokratischen Bewegungen wie dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus zwar teilweise zu, lehnte solche – vom Ausland kommenden – Bestrebungen in der Schweiz aber ab.